

Schaltung der Möglichkeit der Provokation eines Kernwaffenkrieges durch die besonders abenteuerlichen westdeutschen Militaristen.

In der Diskussion sprach zunächst Prof. Bierzanek (Lodz). Er erinnerte daran, daß auch nach 1918 der geschlagene deutsche Imperialismus sich die Unterstützung seines vollen Wiedererstehens durch die Übernahme der Funktion eines „cordon sanitaire“ gegenüber dem Sowjetstaat erkauft habe. Er bestätigte, daß ein atomar gerüsteter westdeutscher Militarismus in verhängnisvoller Weise über das Schicksal großer Teile Europas und nicht nur Europas und nicht nur in einer Richtung bestimmen könnte.

Dr. Maurischat, stellvertretender Direktor des Deutschen Wirtschaftsinstituts, analysierte auf Grund eines umfangreichen Materials den trotz unfreiwilliger Verzögerung bereits erreichten gefährlichen Stand des westdeutschen Rüstungspotentials, das auf Grund besonderer Bedingungen erheblich größer ist als der bisherige Rüstungsaufwand. Hierbei spiele z. B. der Umstand eine Rolle, daß Westdeutschland auf Grund eines Militärabkommens mit den USA vom Dezember 1955 Waffen und Kampfmittel für 4 Milliarden Mark erhalten habe. Tatsache sei, daß die westdeutschen Imperialisten infolge ihres Wirtschaftspotentials und auf Grund solcher Gesetze wie des sogenannten Sicherstellungs-, Kriegswaffen-, Bundesleistungsgesetzes und der anlaufenden Notstandsgesetzgebung alle Institutionen und alle Mittel besitzen, um den gegenwärtigen Anteil der Rüstungsproduktion am Umsatz rasch zu vervielfachen.

Der Mitarbeiter des UMPE Berka legte den Sinn der großen militaristischen Manöver in Westdeutschland zur Vorbereitung des geplanten Raketenblitzkrieges, insbesondere deren gefährliche Wirkung auch für Nordeuropa, dar. Er bewies, daß die zur Einschläferung der Massen neuerdings von den westdeutschen Militaristen in den Vordergrund gerückte Konzeption des „kleinen“ Krieges nur als Ergänzung des totalen, globalen, atomaren Krieges gedacht sei und so auch wirken würde.

Insgesamt gesehen, ergaben die Referate und Diskussionsbeiträge des ersten Konferenztages bereits ein vielseitiges Material über die Aktivität der Kräfte in der Bundesrepublik, die territoriale Veränderungen in Europa zugunsten des westdeutschen Imperialismus fordern. Es wurde bewiesen, daß die Militarisierung Westdeutschlands gegenwärtig dadurch charakterisiert wird, daß unverhüllt die Forderung nach Atomwaffen und deren Herstellung in Westdeutschland erhoben wird. Die Verantwortung für diese gefährliche Entwicklung liegt bei den aggressiven Kreisen des USA-Imperialismus- als der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Hauptkraft des imperialistischen Lagers in der Gegenwart.

Der Referent des zweiten Tages beschäftigte sich speziell mit der Gefährlichkeit des westdeutschen Revanchismus für den Frieden in Europa.

Prof. Dr. Bartel, Direktor des Deutschen Instituts für Zeitgeschichte, wies an zahlreichen Beispielen den zu einem Atomkrieg treibenden Charakter des westdeutschen Revanchismus nach und analysierte dessen ideologische Verkleidungen. Er zeigte die spezifische Verknüpfung des westdeutschen Revanchismus mit einem militanten Antikommunismus, die besonders sichtbar wurde in der von Adenauer Anfang 1960 in Anspruch genommenen „göttlichen Mission“ des deutschen Volkes, Hüter des Westens gegen den Osten zu sein. Bartel demonstrierte die gleichfalls von Hitler übernommene Taktik des schrittweisen Vorgehens, der Tarnung von Aggressionsvorbereitung durch ein Gemisch von Friedensbeteuerungen und Drohungen. Bekanntlich erklärte, während der Bundeskanzler vom „friedlichen“ Weg des deutschen Revanchismus sprach, sein Minister Seeborn im September 1959 vor der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“, „ob in der zukünftigen Auseinander-

setzung Gewalt, Unterdrückung, Terror und Tod ausgeschlossen sein wird“, sei unbestimmt. Bartel unterstrich die Besonderheiten des gegenwärtigen, nach wie vor mit der Hauptstoßrichtung gegen den Osten gerichteten deutschen Imperialismus, nämlich den offen verkündeten Verrat an der Nation, den mit revanchistischen Expansionsansprüchen gepaart auftretenden „Kosmopolitismus“. Er wies auf den Abbau aller demokratisch-parlamentarischen Überreste in Westdeutschland seit der Unterdrückung der KPD hin, auf die Arbeit eines speziellen, lange Zeit von Oberländer geleiteten Revancheministeriums, die Existenz von 79 durch Personalunion mit dem Führungsapparat des Bonner Staates gekoppelten Revanchistenverbänden, darunter 29 „Landsmannschaften“ mit angeblich 8 Millionen Mitgliedern, ferner von etwa 1200 „Traditionsverbänden“, darunter 45 Verbänden allein der ehemaligen Waffen-SS. Bartel zeigte die Rolle des politischen Klerikalismus im Bonner Staat, die Bemühungen um völlige Gleichschaltung der legalen Arbeiterorganisationen, die Wiederkehr des Rassismus, der faschistischen „Volk-ohne-Raum“-Theorie und die Verzerrung des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes in ein „Recht“ der deutschen Militaristen auf Bruderkriegsvorbereitungen. Mit der Feststellung „Das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker ist ein Friedensprinzip“ orientierte der Referent die Diskussion auf die untrennbare Einheit von Frieden und Selbstbestimmung.

Auch das Referat des zweiten Tages bestätigte die Notwendigkeit eines echten Friedensvertrages mit Deutschland und der Normalisierung der Lage in Westberlin, da das Fehlen eines Friedensvertrages und das Bestehen des NATO-Stützpunktes Westberlin den Bonner Politikern ihre den Frieden gefährdende Politik erleichtern.

Prof. Kaczmarczyk (Volksrepublik Polen) befaßte sich mit der Rolle bestimmter westdeutscher Tendenzwissenschaftler im Dienste des Militarismus und der Revanche, speziell der „Ostforschung“, und zeigte anschaulich das Wiederaufleben ältester imperialistischer Ideologien wie der These vom angeblich niedrigen kulturellen Stand der slawischen Völker und der rettenden Rolle der „germanischen Kolonisation“, der Verherrlichung von Bismarcks polenfeindlicher Politik, von Hitlers terroristischem Besatzungsregime, des Treibens der Kriegsverbrecher überhaupt und der Rechtfertigung des Zerstückelungsabkommens von München.

Sándor Lakos (Ungarische Volksrepublik) entwickelte folgende interessanten Thesen zum Thema des deutschen Revanchismus:

1. Der westdeutsche Imperialismus ist — trotz bestehender Abhängigkeit von dem USA-Imperialismus — heute bereits mehr dessen Komplize als bloßer Satellit.
2. Der westdeutsche Imperialismus ist — angesichts seiner beherrschenden Rolle gegenüber den europäischen NATO-Partnern — im Kampf um die Märkte der Hauptinteressent der europäischen Integration.
3. Die in etwa zwei Jahren zu erwartende Erschöpfung der stimulierenden Wirkung der Aufrüstung in der westdeutschen Wirtschaft wird die Lage des westdeutschen Imperialismus noch komplizierter machen und kann daher die Abenteuerlichkeit seiner Politik weiter steigern.
4. Die heute noch besonders bremsend wirkende Politik der westdeutschen Imperialisten auf die wirtschaftliche Annäherung zwischen Ost und West muß angesichts der Notwendigkeit, eine objektiv unterbezahlte Arbeiterklasse zu Opfern zu zwingen, gleichfalls zu einer Verschärfung der Integrationspolitik führen.

Der Verfasser dieses Berichts bemühte sich in seinem Diskussionsbeitrag, den Hinweis des Referats auf das ideologische und politische Hauptargument des westdeutschen Revanchismus, das sog. „Recht auf Heimat“,